

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen.

Erscheint wöchentlich

Stiefeljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethnergasse Nr. 20. — Sprechstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 10

Graz, März 1928

2. Jahrgang

Sorderungen der Arbeitslosen an den freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschuß.

4 Dringlichkeitsanträge.

Die Sozialdemokraten, die bis jetzt den freigewerkschaftlichen Arbeitslosen-Ausschuß als ihr alleiniges Monopol betrachteten, führen in den Arbeitslosenversammlungen eine Sprache, als ob alles in schönster Ordnung wäre. Sie verschleiern die traffensten Zustände und schämen derart die verantwortlichen Stellen vor der Erregung der Arbeitslosen.

In der Grazer freigewerkschaftl. Arbeitslosenversammlung, die Freitag den 24. Februar in den Juliensälen stattfand, hat die kommunistische Partei, Opposition, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten durch Gen. Pfeißl einige traffe Mißstände unter dem fürnütigen Beifall aller Arbeitslosen zur Sprache gebracht. Gen. Pfeißl führte aus:

Erstens: Unter den Arbeitslosen ist eine große Empörung gegen die Anwendung des strafweisen Unterflüchtungszeuges, wodurch die Arbeitslosen bei ganz geringfügigen Anlässen auf mehrere Wochen von der Grazer J. B. K. zum Hungern und Betteln verurteilt werden. Der Bürger, der Steuern hinterzieht, wird nicht bestraft — dem Arbeitslosen, der neben seiner Unterflüchtung auch nur eine Stunde schwarz arbeitet, wird die Unterflüchtung von acht Wochen aufwärts bis auf 30 Wochen vollkommen entzogen. Dieses System muß fallen.

Der 61 Jahre alten Arbeitslosen Josefine Zötsch, die wöchentlich nur 6 S Unterstützung bezog, wurde diese 6 S-Unterstützung wegen „Mißbrauch“ auf 12 Wochen vollkommen eingestellt, weil sie hier und da, um nicht zu verhungern, für eine Schüssel Suppe gearbeitet hat.

Zwei Nachschulungskursteilnehmern sollte die Unterstützung ebenfalls auf 12 Wochen geraubt werden, weil sie vom Kurs zweimal unentschuldig abblieben.

Der arbeitslosen Fabriksarbeiterin Marie Kronabetter wurde die Unterstützung wegen „Arbeitsverweigerung“ auf 8 Wochen eingestellt, nur weil gegen eine Vermittlung als Dienstpatsch geringfügige Einwendungen gemacht wurden.

Dem Gebäcksausträger Stangl wurde die Unterstützung auf 8 Wochen entzogen, weil er vom Bäckermeister Stangl, wo er unter dem Kollektivvertrag entlohnt wurde und 10 bis 11 Stunden arbeiten mußte, freiwillig wegging.

Der freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß wird aufgefordert, alles Zweckdienliche zu unternehmen, um die Schikantierung der Arbeitslosen durch die Straffristen zu beseitigen.

Zweitens: In Graz und Umgebung sind einige hunderte alte Arbeitslose, die vor dem 1. Oktober 1927 mit der Begründung „arbeitsunfähig“ aus der Unterflüchtung herausgeschwindelt wurden und deshalb auch heute die Altersrente nicht be-

kommen, sondern nur 1—20 S monatlich. Aber auch diese Summe wird ihnen vom Land und von der Gemeinde, die beide zur Hälfte beisteuern, nicht regelmäßig gegeben. Es kommt vor, daß sie zwei Monate nichts bekommen, weil kein Geld in den Kassen ist. Es ist eine regelmäßige Erscheinung, daß diese alten Arbeitslosen betteln gehen müssen, um leben zu können.

Der freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß hat die Pflicht, dahinzuarbeiten, daß diese Bettelprüdenbezieher zumindest in den Bezug der Altersrente gelangen, an der sie hinaufgeschwindelt wurden.

Drittens: In den Nachschulungskursen, die von der J. B. K. zur beruflichen Weiterbildung organisiert wurden, wird keine gewerbliche Ausbildung, sondern nur stumpfsinnige Elementarkurse betrieben. Die Behandlung der Kursteilnehmer ist zwangsanstaltsmäßig. Die Wünsche der Kursteilnehmer werden von der Kursleitung und der J. B. K. nicht berücksichtigt. Ein Skandal ist es, daß diese Kursteilnehmer nicht einmal in die Arbeitslosenversammlungen gehen dürfen. Diesmal haben wir es allerdings durchgeführt, daß eine Deputation anwesend ist.

Der freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß muß gegen die Zwangsschulung aufstehen und, solange noch Kurse bestehen, sich dafür einsetzen, daß Vertrauensmänner der Kursteilnehmer gegenüber der J. B. K. und Kursleitung Anerkennung finden und die Kursteilnehmer in Einkunft Arbeitslosenversammlungen besuchen können.

Viertens: Allgemein beschwerten sich die Arbeitslosen, daß die Arbeitszuweisung nicht nach der Reihenfolge, sondern willkürlich erfolgt. Einige bleiben jahrelang arbeitslos, andere werden in 2 bis 3 Tagen schon wieder vermittelt. Ein typischer Fall ist der Arbeitslose Albert Wagner, dem innerhalb von vier Jahren nicht einmal eine Arbeit in einem Metallbetriebe zugewiesen wurde. Als er dagegen Beschwerde erhob, erklärte Dr. Uranitsch, Wagner hätte mit 34 Jahren ein verhältnismäßig zu hohes Alter zur Vermittlung.

Der freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß hat aber schon energisch daran hinzuarbeiten, daß beim Arbeitslosenanamte eine geregelte Vermittlung — reihenfolgemäßig und nicht willkürlich — plaggeißelt.

Die Beantwortung dieser Dringlichkeitsanträge wurde vom Gewerkschaftssekretär Wagner auf die nächste Arbeitslosenversammlung verschoben.

Mieterschutz und Neuwahlen.

Nehmen wir für einen Moment an, der Plan der Bürgerblockregierung, die aus den Christlich-sozialen, den Großdeutschen und Landbändlern zusammengesetzt ist, den Mieterschutz zu beseitigen, sei gelungen. Sodann denken wir uns in das Jahr 1930, in dem bereits der 5000fache Friedenszins als Instandhaltungszins gezahlt werden muß, nachdem im Jahre 1928 mit dem 3000fachen Instandhaltungszins begonnen wurde. Zimmer und Küche, typische Proletariatswohnungen, werden 30 Schilling monatlich kosten. Wo wird der Arbeiter, der Arbeitslose, der Altersrentner das Geld hernehmen? In vielen Fällen verdient ein Arbeiter überhaupt nicht mehr als 30 Schilling in der Woche. Die meisten Arbeiterinnen verdienen noch viel weniger und manche darunter muß für eine Familie sorgen. Der Arbeitslose bekommt gar nur 17 Schilling und der Altersrentner nur mehr 12 Schilling im Durchschnitt. Die Preise für die Untermiete werden ums doppelte steigen und ein Bettplatz, der heute 5 Schilling wöchentlich kostet, wird 10 Schilling kosten. 30 Schilling, ein Wochenverdienst, 2 Arbeitslosenunterflüchtungen oder Zweidrittel der Altersrente wird in die Tasche des Hausherrn wandern, der in vielen Fällen ein reicher Ausländer, ein Fabrikant, eine Bank oder ein Kloster ist. Zehntausende werden nicht zahlen können, die Verlogierungsorgane werden unter Polizeiaufsicht die Möbel der Zahlungsunfähigen auf die Straßen stellen. Das Proletariat wird beim Fallen des Mieterschutzes buchstäblich zwischen eine Presse kommen, die vom Unternehmer und Hausherrn, Tag und Nacht betätigt, ihm Blut und Mark herauspreßt. Und die Unternehmer und Hausherrn werden bei der Presse stehen und das in Geld verwandelte Blut und die in klingende Münzen umgewandelten letzten Kräfte saugen und höhnisch triumphierend zurufen: Jetzt ist Österreichs Wirtschaft wieder gerettet.

Aber soweit darf es nicht kommen. Dieser Plan des Bürgerblocks muß zertrümmert werden. Die proletarische Armee ist riesengroß, eine kleine Minderheit will sie zu Boden drücken. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn die Abwehr kampfrichtig geföhrt wird.

Nun, was sagt die Sozialdemokratische Parteiführung, auf die große Massen blicken. Sie sagt, eher am Mieterschutz etwas gerüttelt wird, sollen Neuwahlen entscheiden. Neuwahlen ist ihr entscheidendes und letztes Argument. Das also soll die Abwehr gegen die Raubpläne der Bürgerlichen sein. Ist diese Abwehr gut? Untersuchen wir. Angenommen, die Neuwahlen bringen der S. P. einen solchen Erfolg, daß die einfache Mehrheit der Bürgerlichen gebrochen ist. Was dann? Die Sozialdemokraten bilden die Regierung und die Bürgerlichen werden das machen, was die S. P. jetzt nicht macht, Obstruktion, Kampf mit allen Mitteln, so daß die Sozialdemokraten trotz der Mehrheit mit leeren Händen, da der Staatsapparat bürgerlich bleibt.

nicht regieren können. Entweder Aufhebung des Mieterschutzes oder Kampf, so wird die Parole der Bürgerlichen weiter lauten und die Sozialdemokraten, um den Kampf auszuweichen, weil bei einer Kleinbürgerlichen Führung nichts anderes möglich ist, werden mit einer der bürgerlichen Parteien zur „Stärkung“ ihrer Parlamentaropposition eine Koalition eingehen, und als Gegenleistung den Mieterschutz, wenn auch in verschleierte Form, preisgeben.

Wahrscheinlicher aber ist die zweite Möglichkeit. Das Stimmverhältnis bleibt bei einer Neuwahl annähernd dasselbe wie im Vorjahr, die Bürgerlichen bilden wieder die Regierung und darauf wird unbedingt von der S. P., die in diesem Falle die Verantwortung von sich auf die Wähler schieben wird, die ihr nicht zu einer Mehrheit verhilfen haben, der Mieterschutz abgebaut. Effekt des Wanders: Der Abbau erleidet eine kleine Verzögerung, ähnlich wie im ersten Fall, durchgeführt wird er aber trotzdem und all das tritt ein, was wir Eingang geschildert haben.

Soweit kommt das Proletariat, wenn es sich mit dem Hinweis auf die Wahlen wird unnebeln lassen, wenn es der S. P. Führung glaubt, daß eine parlamentarische Mehrheit das A und O zum Erfolg ist. Wie wichtig die Stimmzettel in der Wagschale ziehen, wenn das Proletariat seine reale Macht nicht auswertet, hat der 24. April bewiesen, wo trotz der 300.000 Stimmen keine Positionsveränderung zugunsten des Proletaria! eintrat.

Die Kraft, die Macht und der Weg zum Erfolg liegt nicht in den papierernen Zetteln, diese sind wohl ein Ausdruck, wie viele sich zu einer Sache bekennen; Wahlerfolge haben auch eine gute demonstrative Wirkung, in ganz geringem Wirkungskreis sichern sie auch einen Einfluß, doch dieser ist sehr klein. Entscheidungen von Bedeutung und die Mieterschutzangelegenheit ist eine solche, erfordern den ganzen Einsatz der proletarischen Armee und ihrer Kampfmittel: Versammlungen zur Erfassung und Aufklärung, Demonstrationen im Reichsmaßstab, Streiks als schwere Geschütze und Vorbereitung der generellen Mietzinsverweigerung, geführt von Mieterräten, die häuserweise zu wählen sind.

Die Sozialdemokratie als Kleinbürgerliche Partei, nicht weil die Arbeiter Kleinbürger sind, das wäre Unsinn, sondern weil ihre Führung kleinbürgerlich ist, wird diesen Weg nicht gehen. Dieser Weg kann nur von einer Klassenkampfpartei im marxistisch-kommunistischen Sinne gegangen werden, den wir aufzubauen uns zur Aufgabe gestellt haben. Die Abwehrkämpfe gegen das Bürgertum werden entscheidend beeinflusst werden durch die Stärke unserer Reihen, die zwar heute noch minimal, im Verlaufe der Kämpfe und mit kommender Einsicht über die Richtigkeit unserer Anschauungen aber zweifellos rasch wachsen werden.

Jeder Klassenbewusste Arbeiter trage das Seinige dazu bei.

Ein ganz neuer Wind.

Die letzte allgemeine Grazer Arbeitslosenversammlung in den Julientagen war für die Sozialdemokraten, aus denen der freigewerkschaftliche Arbeitslosenausschuß zusammengesetzt ist, eine Überraschung. Die Stimmung aller Anwesenden war demonstrativ für die Ausführungen des Gen. Pfinisil, ja als der Kammerbeamte Nowak am Anfang seiner Rede hämische Ausfälle machte, wurde er am Heben verhindert. Gegen seine Gesetzeserläuterungen hat sicherlich niemand etwas einzuwenden gehabt. Was die Empörung hervorrief, war sein Versuch, sich gegen die Ausführungen des Gen. Pfinisil zu stellen.

Warum, weshalb diese Stimmung war, das werden die Sozialdemokraten nicht verstehen.

Die Ausführungen Löffels, der den neuen Wind konstatierte, die ganz auf den Ton „es geht so alles gut“ abgestimmt waren, beweisen ja das ungeheure Unverständnis. Die Arbeitslosen hungern und noch dazu werden sie im Arbeitslosenamt chika-

Metallarbeiter, entscheidet selbst!

Die Unternehmer verharren noch immer auf dem Standpunkt, die gestellten Forderungen nur zu einem sehr kleinen Teil zu bewilligen. Es beginnt nun schon der fünfte Monat der Lohnverhandlungen. Und was ist das Resultat? Die reformistischen Gewerkschaftsführer des Metallarbeiterverbandes weichen von ihren eigenen Forderungen ohne Kampf ab. Wie uns berichtet wird, wollen sie selbst ohne Befragen der Metallarbeiter beim Lohnsatz von 1 S auf 80 g zurückgehen. Also mit einigen lumpigen Groschen sollen sich die Metallarbeiter abpeisen lassen. Und das nach fünfmonatigem Ruhhandel.

Die Metallarbeiter stehen vor der Frage: Entweder die Forderungen in Stich lassen oder den Kampf aufnehmen, der von der Kapitalistenklasse aufgezwungen wird. Die gegenwärtigen Gewerkschaftsführer haben es an einer zielbewußten Führung des Kampfes vollkommen fehlen lassen. Nicht ein einziges Flugblatt wurde herausgegeben. Selbst die einzelnen von selbst auffackernden Betriebsaktionen (Styria, Fellen, Jubasz) wurden im „Arbeiterwille“ der übrigen Metallarbeiterschaft verschwiegen. Darin liegt bewußte Absicht. Die Gewerkschaftsführer, welche die Aufgabe hatten, den Kampf zu führen, haben mit Absicht nichts gesagt, was zu tun ist. Sie haben geschwiegen, als ob sie kein Hirn hätten. Die Arbeiter warteten auf Weisungen von „oben“, diese sind ausgeblieben, weil die Sozialdemokraten keinen ernsthaften Kampf wollen. Das begreifen viele Arbeiter noch nicht, aber es ist so, wer nachdenkt, wird es bekräftigt finden. Wenn also die Metallarbeiter weiterhin noch auf Direktiven von „oben“ warten und nicht selbst handeln, ganz so wie es die Styria-Arbeiter getan haben, wird ein hundsmiserabler Vertrag herauskommen. Unter welchen Voraussetzungen hat ein Kampf Erfolg? Vor allem müßten die Metallarbeiter auf dem Grazer Boden einheitlich vorgehen. Als die Styria-Arbeiter mit dem Votestiftteil einsetzten, hätten die Arbeiter der übrigen Betriebe Buch, Feinze, Weizer, Brückenbau usw. sofort dem Beispiel folgen sollen. Wo bleibt die alte Weisheit, daß die Arbeiter nur im einheitlichen Vorgehen stark sind? Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden bewußt absichtlich keine entscheidenden Maßnahmen, ihr beharrliches Schweigen beweist es, gewollt haben, hätten die Arbeiter selbst zur einheitlichen Aktion in Graz übergehen müssen. Wäre auch dieses Mittel, das auf die Unternehmer schon ganz anders gewirkt hätte, als der vereinzelte Kampf der Styria-Arbeiter, noch zu schwach gewesen, die Löhne in den übrigen Vertragsgebieten sind nicht besser,

dann gibt's das Mittel der einheitlichen Aktion aller Metallarbeiter Österreichs gegen die Unternehmer. Bis jetzt ist es immer so, daß einmal die Grazer Metallarbeiter allein, dann wieder die Steyer-Metallarbeiter allein und ein anderes Mal die oberösterreichischen Metallarbeiter allein in den Kampf gehen, anstatt die Kämpfe einheitlich zu führen, anstatt im Landes- und Reichsmaßstab gegen die Unternehmer vorzugehen, um überhaupt statt der vielen Verträge, einen Reichskollektivvertrag zu erkämpfen.

Die Arbeiter haben überall den gleich großen Magen. Ist dazu der Kampf aller Metallarbeiter auch noch zu schwach, dann müssen die gegenseitigen Solidaritätsaktionen der übrigen Arbeiter, zum Beispiel der Transportarbeiter oder Gas- und Elektrizitätsarbeiter einsetzen, wenn nicht der Kampf ruß Karl Marx: „Proletariat aller Länder vereinigt euch“ eine Phrase sein soll, da man nicht einmal in einem Land zu vereinigten Aktionen gegen die Ausbeuter kommt. Das sagen wir allerdings offen heraus, unter der Leitung der sozialdemokratisch-reformistisch verzeuhten Gewerkschaftsführer, deren vornehmstes Ziel Ministerstühle in einer Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen sind, werden keine ernsthaften Kämpfe mehr geführt. Dazu müssen von „unten“ Klassenbewusste Arbeiter hinaufkommen, um den Rahmen vom Kleinbürger, der sich oben festgesetzt hat, wegzuschwemmen. Um diese Umwälzung herbeizuführen ist notwendig, Jahr um Jahr im beharrlichen Kampf die Reformisten hinauszudrängen und an ihre Stelle gute Klassenkämpfer zu setzen. Dazu muß man in der Gewerkschaft bleiben und die Arbeiter, die draußen stehen, hineinholen, und mit vereinten Kräften an die Ausmusterung schreiten. Die Gewerkschaften als Kampfinstrumente der Arbeiter sind von größtem Wert, nur müssen die Richtigen an der Führung sein.

Im gegenwärtigen Kampfe kann noch viel gewonnen werden, aber das, Kollegen Metallarbeiter, müßt ihr begreifen, daß die Entscheidung, wie diese Lohnbewegung endet, nun, da die Gewerkschaftsreformisten bewußt nichts unternehmen, bei euch selbst liegt. Fordert in allen Betrieben eine allgemeine Metallarbeiterversammlung, wo die klassenbewußten Arbeiter und Vertrauensmänner die Wege und Mittel zu einem einheitlichen Vorgehen vorschlagen. Die Isolierung untereinander muß beseitigt werden, um endlich zu einem einheitlichen Vorgehen gegen den Industriellen-Verband zu kommen. Schreitet zu einheitlichen Aktionen und ihr werdet Lohnverbesserungen erringen.

nier. Unterstützungsentzug von 8 Wochen aufwärts ist die neueste Fiktion; kommen sie dann in eine Arbeitslosenversammlung, so hören sie von den Sozialdemokraten, daß alles in schönster Ordnung wäre, bis die Ausführungen des Gen. Pfinisil das ans Tageslicht zerrten, was ans Tageslicht gehört. Ja, das hätte ich auch erzählen können, erklärte darauf der Kammerbeamte Nowak. Sicherlich, aber machen tun sie es nicht. Wenn dann ein Arbeitsloser darüber spricht, dann ist es Demagogie. Das ist sozialdemokratische Taktik. Anstatt das Kind beim wahren Namen zu nennen, wird gekleffert und verkleffert.

Den Ausführungen des Genossen Wagner, der das Verhalten der Grazer Gemeinde eintr Kritik unterwarf, die für die Oper 400.000 Schilling ausgegeben hat und für die Arbeitslosen nur 100 kg

Rirchen-Austrittserklärungen

und in der Verwaltung des „Wahrheit“, Elisabethengasse 20, zu haben. Auch Zuladungen in die Provinz.

Kohle und einen Osterweden im Jahre übrig hat, fanden allgemeine Zustimmung. Genosse Wagner rechnete aus, was mit den 40000 Schilling für die Arbeitslosen, Altersrentner und Pfründner hätte gemacht werden können. Doch von der S. P. ist eine Arbeiterpolitik nicht mehr zu erwarten. Die ganze Einstellung der freigewerkschaftlichen hat bewiesen, daß in den freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschuß Arbeitslose hineingehören, die vom Beruf keine Leimsticker sind. Wie das machen? Ganz einfach. In den kommenden Arbeitslosenversammlungen müssen die Arbeitslosen Ergänzungsvorschläge machen. Jeder Arbeitslose muß nämlich wissen, daß die Mitglieder des freigewerkschaftlichen Arbeitslosenausschusses von den Arbeitslosen wählbar und absetzbar sind. Allerdings gehört dazu ein ordentlicher Druck von „unten“, dem die Sozialdemokraten jetzt höchstwahrscheinlich dadurch ausweichen werden, daß sie keine großen Versammlungen mehr abhalten, sondern nur mehr kleine, sogenannte Branchenversammlungen, um die Wucht der Masse zu gesplittieren. Machen können sie das, wir wissen, was wir für den Fall zu tun haben. Wenn die freigewerkschaftlichen die großen Arbeitslosenversammlungen unmöglich machen, dann werden wir sie einberufen.

Sie ist keine revolutionäre Partei mehr!

Unter dem Titel „Eine Partei der Verwaltungsbeamten“ will der „Arbeiterwille“ eine Statistik der „Pravda“ (Zentralorgan der russischen kommunistischen Partei) entnommen haben, wonach 60 Proz. der Parteimitglieder erst seit 1924 der kommunistischen Partei Aufrichts beigetreten sind, weitere 20 Proz. aus dem Jahre 1921 stammen und nur 4000 wirkliche alte Volkswirten sind. Er zieht daraus den Schluß, daß die russische kommunistische Partei zum größten Teil aus Verwaltungsbeamten und Geschäftsleuten besteht, verdrängt sei und deshalb keine revolutionäre Partei mehr ist. Der „Arbeiterwille“ vergißt dabei die Kleinigkeit, daß dies ihr Spiegelbild ist, insofern als die Sozialdem. Partei Österreichs eine Partei der Kleinbürger unter Kleinbürgerlicher Führung geworden ist. Die russische und internationale Opposition ist auf dem Vormarsch und wird dafür Sorge tragen, daß das Regime des Aparatschiki Stalin, dem Vertreter des Rechtskurzes in der Komintern, sowie das Regime der Stimmzettelschik in Penſion geschickt wird. Der Kern der alten Volkswirten in Rußland wird die Verdrängung befehlen und damit auch den Aufstromaristen die Möglichkeit nehmen, im Traben zu fischen.

Die soziale Fürsorge marxisiert?

Betriebsrat Müller sorgt für die Opfer der Unternehmer.

Rationalisierung und verschärftes Antreiber-system sind auch bei Felten & Guillaume in Graz im Gange. Die Unglücksfälle mehren sich in allen Betrieben in erschreckender Zahl. Da Menschenmaterial im „Überfluß“ vorhanden ist, ist die Sorge der Unternehmer für die Hilfestellung der Verunglückten nicht groß. Woher auch das Geld nehmen? Betriebsrat Müller, welcher zu 100 Prozent den Sozialismus in Pacht genommen hat (?), springt den armen „ausgebeuteten Unternehmern“ zu Hilfe. 100 S sollen vom Betriebsratsfond, also von Arbeitergeldern, für die Beschaffung von Sanitätsmaterial verwendet werden. Die Proleten sollen also ihre zerstückelten Knochen zugunsten des Profiten der Firma Felten auf eigene Kosten retten. Und das ist soziale Fürsorge? Doch Müller und seine willenlosen Anhänger kennen auch noch eine andere Fürsorge! Ein ihm bekannter Metallarbeiter sprach bei ihm um Arbeit an, worauf dieser „Sozialist“ antwortete: „Wenn Du den Absenger (gemeint ist damit der dortige kommunistische Betriebsrat) mitnimmst, so kannst Du vielleicht anfangen.“ Das heißt also Genosse Absenger, der eine Familie mit mehreren Kindern hat, möchte er,

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Damit der „Wahnsinn“ weiter erscheinen kann, müßt ihr den „Wahnsinn“ bestellen und für seine Verbreitung überall sorgen. Wer die Möglichkeit hat, soll der Zeitung durch Preßfond-Spenden helfen.

wenn es ginge, auf die Straße werfen. Für den Unternehmer Hilfsbereitschaft und für die Arbeitskollegen Protosmachung, das ist der Sozialismus dieses Patentsozialdemokraten.

Was geht bei Finze vor?

Wie uns von mehreren Arbeitern der Knochenmühle Finze mitgeteilt wird, werden Maschinen abmontiert und nach Marburg (Jugoslawien) gebracht, wo die Aktionäre der Knochenmühlenaktiengesellschaft einen neuen Betrieb errichten. Finze-Proleten, wißt Ihr übrigens, wer den Hauptanteil an der Finze-Aktion hat? Die Bodenkreditanstalt! Wahrscheinlich hat die Bodenkreditanstalt entdeckt, daß in Jugoslawien noch bessere Ausbeutungsmöglichkeiten bestehen und die Hölle dadurch umgangen werden können. Wenn die Arbeiter hier brotlos werden, das ist der Bodenkreditanstalt Wurst, sie pfeift auf Vaterland und Volksgenossen, wenn anderswo bessere Ausbeutungsmöglichkeiten sind. Ihr Vaterland ist dort, wo der Profit am besten blüht. Der Abtransport der Produktionsmittel bedeutet für die hiesigen Arbeiter Verlust von Arbeit und Brot. Diesem Abtransport muß deswegen Widerstand entgegengebracht werden. Die Ausbreitung der Finze-Betriebe über Österreich, Ungarn und Jugoslawien lehrt übrigens die Notwendigkeit internationaler Verbindung der Bohnenkämpfe.

Der Vorstand Klamfer als Holzverlade-auffeher.

Im westfälischen Revier hat eine deutsche Firma große Holzankäufe gemacht, welche im Verlaufe von drei Jahren ab Station Voitsberg verladen werden. Also war in Voitsberg die Stelle eines Holzverladeaufsehers notwendig. Wie das aber fast überall der Fall ist, bekam die Stelle kein Bedürftiger, sondern der Stationsvorstand Klamfer. Anstatt einem Invaliden z. B. einen Verdienst zukommen zu lassen, muß ihn der Stationsvorstand mit dem schönen Gehalt haben. Der Stationsvorstand stellte sogar zur Verladung Bahnmagazinarbeiter zur Verfügung. In wessen Interesse? Der deutschen Firma oder seiner Tasche? Da er seinen Hauptdienst nun

bei der Holzverladung macht, dort den ganzen Tag zu sehen ist, wäre er eigentlich als Stationsvorstand der Station Voitsberg überflüssig.

Arbeiter-Rotf., Voitsberg.

Der Notruf des Stadtpfarramtes Voitsberg.

In der Nummer 4 des Voitsberg-Röslacher Wochenblattes vom 25. Februar ist ein Aufruf des Stadtpfarramtes an alle Katholiken zu lesen. Der Stadtpfarrer hat in der letzten Zeit viele schlaflose Nächte gehabt und wenn er schon vor Müdigkeit einschlief, haben ihn fürchterliche Träume gequält, erzählt die Pfarrersbörkin. Er sah immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Kirche austreten und die Zahl der Mitglieder im Verein die „Flamme“ wurde immer größer und die Freidenker immer mächtiger, während sein Geldbeutel und sein Sparkassenbüchse immer mehr an Schwindsucht erkrankten. „Glauben brauch's ja mir, aber austreten soll's net, mei G'schäft, mei G'schäft“, stöhnte er schwer im Traum. Die Pfarrersbörkin war ernstlich besorgt. „Schreibens an Aufruf, Hochwürden“, rief sie den Stadtpfarrer. „vielleicht beruhigt das a bißl die Nerven“. Und er befolgte den Rat der guten Seele, die ihn schon öfters in schweren Stunden beigehtanden war. Und am nächsten Tag las die Voitsberger: „Die Leichenverbrennung steht nicht im Widerspruch mit der Lehre, wohl ist sie als Ungehorsam gegen die Kirche zu verwerfen.“ Die Vernünftigen entzifferten diese rätselhaften Worte und bekamen folgenden deutschen Satz heraus: „Die Leichenverbrennung ist etwas Vernünftiges, aber sie schadet meinem Geldbeutel.“ Nachdem der Aufruf also durchschaut wurde, wird der Herr Stadtpfarrer seine schlaflosen Nächte weiter haben, denn die Arbeiter werden erst recht zur „Flamme“ beitreten und aus der Kirche austreten. „O, mein lieber Augustin, alles ist hin“, das raten wir sodann dem Stadtpfarrer als Chorgesang beim 9 Uhr-Messe singen zu lassen.

Arbeiter-Rotf., Voitsberg.

Aus der Internationale.

Rußland. Die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet: In Fumse an der Krizgisenflappe (vormals Pischpel) ist Trozky mit Familie im Sonderwagen eingetroffen. Das Publikum hat über die große Menge Gepäck und den herrschaftlichen Komfort gestaunt, mit dem der aus Moskau verschickte Trozky reiste.

Diese widerliche Meldung soll den Eindruck erwecken, daß es Trozky eigentlich „glänzend“ geht. Diese schmähliche Methode, Revolutionären „Luxus“ nachzusagen, kannten wir bisher nur von der reaktionären Presse. Aber hier ist der Zweck der Übung

Der rote Späher.

Erzählung aus Sibirien von Nestorichin.
(Fortsetzung.)

„Der Rittmeister kann Ihnen durch seinen Bären-dienst mit der Reife möglicherweise eine schöne Suppe einbrocken. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als bis Primorsk zu fahren und die schöne Seefahrt gezwungenermaßen mit Ihrem Besuche zu beehren.“

„Keine Spur! Ich verliere höchstens 15 Minuten; ich besteige den Zug, verkleide mich nach dem zweiten Klingelzeichen, wenn ich allein bleibe, als Gepäckträger und springe dann, während der Zug noch langsam ausfährt, auf der anderen Seite ab. Bemerkten wird man das erst nach einigen Stationen, wenn man mein Gepäck im Abteil ohne Aufsicht findet. Von hier kann man noch ein Telegramm nachsenden, daß ich mich verspätet und den Zug veräumt habe.“

Eine Stunde später war ich unterwegs zum Landhaus.

XXIII.

Neue Ergebnisse.

In meinem Zimmer fand ich den Genossen Ofen-seher. Nachdem er mir meine ganze Wade in vollster

Ordnung wieder übergab und mir besten Erfolg wünschte, verabschiedete er sich und ging in die Stadt zurück.

Nach einigen Minuten brachte das Auto den Franzosen mit irgend einem Militär.

Sie gingen in das Zimmer meines Nachbarn. „Diesmal komme ich in Dienstsachen zu Ihnen. Ich fahre in einer Stunde zum Höchstkommandierenden. Wir haben eine kleine Unannehmlichkeit. Im Norden ist die Front durchbrochen.“

An der Stimme und am Äußeren erkannte ich den Stabskommandanten, meinen General, bei dem ich eine Nacht Dienst getan . . .

„Mon Dieu, mein General, Sie müssen mit sofort Weisungen für unseren Agenten bei den Roten geben, damit ich sie weiterleite. „Ich bin ganz Ohr und stehe durchaus zu Ihren Diensten.“ So der Franzose, der inzwischen das Zimmer verlassen.

Auch ich war ganz Ohr.

„Morgen begibt sich der Fürst Bogration, einer unserer Offiziere, mit dem Flugzeug in die Etappe der Roten. Er hat Geld und Proklamationen mit und auch einen genauen Operationsplan. Wir müssen

das unbedingt heute noch an denjenigen weitergeben, den er aufsuchen wird.“

„Und Sie wünschen, daß wir die Taubenpost benutzen?“

„Ja, selbstverständlich. Es gilt, mit Hilfe unseres Agenten zwischen uns und dem Stabe Gaj, der im Rücken der Roten die Großbauern in grüne Bataillone organisiert, eine ständige Verbindung herzustellen. Vorläufig besteht eine solche reguläre Verbindung noch nicht. Hier ist ein Entwurf. Lesen Sie ihn. Können Sie meine Handschrift entziffern?“

„Im Dorfe Gorki ist der Förster Gaj; gehen Sie zu ihm. Zeigen Sie ihm dieses Dokument. Bieten Sie ihre Dienste an zur Herstellung der Verbindung. Parole — Dynastie“ las der Franzose vor.

„Übrigens steht jetzt Gaj mit dem Zentralkomitee der Sozialrevolutionäre in Verbindung und mit dem „Bunde der Erneuerung“, diesen beiden Schwarzhundertchaften. Nur ganz wenige kommen mit unserer Parole zu ihm. Die Zuverlässigsten . . . Übrigens, man sprach heute von irgendeiner Verhaftung. Was war das eigentlich?“

Der Franzose erzählte dem General die Einzelheiten meiner Verhaftung, wobei er von mir immer

allzu durchsichtig: Zuerst schleppte man Trozky mit Gewalt in 17. Jänner aus seiner Wohnung, dann waggionierte man ihn, damit er ja nur nicht gesehen werde, in einen Sonderzug ein. Und zum Schluß wird erklärt: „Seht doch den herrschaftlichen Komfort“, er fährt in einem Sonder-Luxus-Zug.“

Das wahre Gesicht derer, die die Kommunisten nach Sibirien deportieren, hat die Moskauer Arbeiterschaft am 16. Jänner gesehen. In diesem Tag sollte Trozky deportiert werden. Darauf sammelten sich viele Tausende Arbeiter am Bahnhof, durchbrachen den Polizeikordon, säkürten den Zug und suchten Trozky. Viele Arbeiter legten sich auf das Geleise, um die Abfahrt des Zuges zu verhindern. Als aber Trozky infolge dieses Umstandes nicht zum Zug gebracht wurde, wählten die Arbeiter eine Deputation, die sich zur Wohnung Trozky's begab, wo sie sofort verhaftet wurde. Auf Grund dieser Ereignisse wurde Trozky, dessen 13-jähriger Sohn bei der Abfahrt von zwei G. P. U.-Agenten blutig geschlagen wurde, mittels Sonderzug deportiert. —

Stalin hat Semenov, einen Sozialrevolutionär, der 1922 noch als Feind der Sowjetunion vor einem Revolutionstribunal stand, zum Vertrauensmann in der Chinafrage hinaufzuvancieren lassen. Das Gefindel macht Karriere und die Volksgewissen werden ausgehöhelt.

Lozovsky soll als führender Funktionär der roten Gewerkschaftsinternationale „erledigt“ werden, weil er gegen die Verbannung der russischen Oppositionellen protestierte.

Agarosehe sind in Rußland unter Stalin geboren worden, die es den reichen Bauern gestatten, Land bei armen Bauern zu pachten und dieses gepachtete Land durch Lohnarbeiter bebauen zu lassen. Die „Pravda“, das russische Zentralorgan, schreibt unterm 15. Februar: „Das Dorf ist gewachsen und reich geworden. Gewachsen und reich geworden ist vor allem der Kulak.“ Damit sagt die „Pravda“ zum erstenmal die Gefahr, welche von der Opposition schon vor einundneinhalb Jahren signalisiert wurde.

An die Mitglieder, die noch hinter dem J. K. stehen, richten wir bei dieser Gelegenheit die Frage, ob ihnen angesichts dieser Tatsachen die Augen noch immer nicht aufgehen, daß die Fahne des Kommunismus, die Lehren Lenins nur von der Opposition hochgehalten werden.

Deutschland. Der „Volkswille“, veröffentlicht täglich neue Ausschüsse aus der K. P. D. Jetzt organisierte die Zentrale die Beschlagung des Berliner Arbeiterbezirktes Wedding und des Bezirktes Pfalz.

als vom Sohne des Sultans sprach. Der General gerubte zu lachen.

„Ach, immer dieser Diffsitchkin! Stellen Sie sich vor. Mein Adjutant behauptet, daß mein Begleiter der Agent des Diffsitchkin gewesen sei. Daß er uns einschleusen wollte, um dann den Diffsitchkin in den Waggon einzulassen.“

„Und was hätte der Kerl in Ihrem Waggon gesucht? Hat der Herr Adjutant das nicht erraten?“

„Doch, er sagt, er wollte wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Durchbruch der Front die Operationspläne entwenden. Er behauptet auch, daß der Begleiter uns eingeschleppt hat, und nur sein Dazwischentreten uns vor großen Unannehmlichkeiten gerettet habe. Der Begleiter hätte den Diffsitchkin etwas später sicher hereingelassen . . .“

„Welch ein Phantast! . . .“

„Ja, er ist mein Sherlock Holmes. Nur von diesem Diffsitchkin phantasiert er. Sie würden gar nicht glauben, was er getan hat . . .“

„Nun, was denn, mein General?“

„Beide Flaschen, die leere und die halbentleerte hat er persönlich, schon um 7 Uhr morgens, zu einem bekannten Arzt gebracht, um sie chemisch untersuchen zu lassen . . .“

Arbeiter! Verlangt in den Straßen und Gasthäusern und bei euren Freunden die Auflegung des „Mahrufes“!

in denen die Opposition die Mehrheit besitzt. Den „Volkswillen“ selbst verfußt die Zentrale mittels des bürgerlichen Berichtes an sich zu reißen.

Griechenland. Die Opposition in der griechischen Partei hat soeben die erste Nummer ihrer Zeitschrift „Spariakus“ herausgegeben, in der sie die Erklärung der russischen Opposition vom August v. J. veröffentlicht. Die Opposition wird geführt von den Genossen Kuliopolos.

Verschiedenes

Durch eine Kohlenstaubexplosion wurden in der Brügger Zerkeltfabrik (Deutschland) 6 Arbeiter getötet und 20 verletzt.

Ein offenes Bekenntnis. Bekanntlich wird in allen Staaten die Giftgasindustrie als die Hauptwaffe eines kommenden Krieges ausgebaut. Um die Arbeiter zu täuschen, werden unter den Staaten Verträge über ein Verbot des Giftgaskrieges geschlossen. Die englische Regierung hat in einer der letzten Unterhausitzungen die Abschließung eines solchen Vertrages offen abgelehnt und sich für die Verwendung der Giftgase bekannt.

Verstärkte Ausbeutung. Der Gesamtumsatz der Alpine Montan im Jänner 1928 war um 3 Millionen Schilling höher als im Jänner 1927. Er betrug 92 Millionen.

Bei einem Kinobrand in Moriago (Italien) sind 35 Personen ums Leben gekommen. Noch größer ist die Zahl der Verwundeten.

Zum Fürsten von Afghanistan wurde Hindenburg durch den afghanischen König ernannt. Damit war eine Ordensverleihung verbunden, nur wissen wir nicht, ob die afghanischen Orden auf der Brust oder am Hintern getragen werden.

Mussolini als Kolonialräuber. Die italienischen Truppen haben in der letzten Zeit im Kampfe gegen die Senussi im Innern Tripolitaniens gegen 1000 Eingeborene niedergemetzelt.

„**Vertrauliche Besprechungen**“ haben am 15. und 16. Juli zwischen den sozialdem. Führern und Schöber stattgefunden, zur selben Zeit, als 90 Arbeiter in den Straßen Wiens ermordet wurden. Eisler selbst hat es zugegeben, doch über den Inhalt dieser Besprechungen schweigt die S. P. gegenüber den Arbeitern.

„Nun, das ist interessant!“

„Er hat sich natürlich bliamiert. Er mußte selbst zugeben, daß im Wein nichts zu finden war; ich habe ihn dann geraten, er möge sich mehr mit dem Dienst, als mit seiner Phantasie befassen. Aus ihm wird so wenig ein Sherlock Holmes, wie aus Hackfleisch eine Handgranate.“

„Diffsitchkin, Diffsitchkin! . . . Ich wundere mich, daß man ihn nicht schon erledigt hat. Sie selbst haben doch, sofort nachdem der Bericht mit seiner Charakteristik eintraf, seine Unschädlichmachung angeordnet“, sagte der Franzose.

Bei diesen Worten erinnerte auch ich mich, eine Charakteristik meiner Wenigkeit als eines erfahrenen, unentbehrlichen Gehilfen gelesen zu haben. Auch diese Charakteristik war von der Hand des Armeekommandanten geschrieben, aber ich hatte sie nicht mitgenommen, weder damals im Generalswagen, noch jetzt, als ich das Original im Zimmer des Franzosen gefunden hatte. Ich wollte bei der bevorstehenden Untersuchung der Angelegenheit vor Gericht nicht meine Arbeit in Erinnerung und zur Sprache bringen.

Eine verdiente Abfuhr. Mühl, der Typus eines sozialdem. Kleinbürgers, wurde in der letzten Invalidenversammlung von seinen eigenen Parteigenossen an die Luft gefeht, weil er auch dort sozialdemokratische Praktiken anwenden wollte.

Die Wienerer Betriebsratswahlen. Sechs Vertrauensmännermandate entfielen auf die Liste des Metallarbeiterverbandes und ein Mandat auf die christlichsoziale Liste.

Die Styria-Darlepp-Dividenden wurden gegenüber dem Vorjahr um 50 Prozent erhöht, das bedeutet, daß jeder Aktienbesitzer um die Hälfte mehr bekommt als bei der letzten Dividendenausschüttung. Diese Tatsache zu wissen ist für die Grazer Metallarbeiter im gegenwärtigen Lohnkampf wertvoll.

Dem Seipelbudget wurde von der Sozialdemokratie trotz des bevorstehenden Angriffes auf den Mieterschutz, trotz Terror bei der Wehrmacht und Gendarmerie kein Widerstand entgegengesetzt.

Wahlergebnisse der Wiener Sicherheitswache. Früchte sozialdemokratischer Politik.

Die sogenannte „unpolitische Liste“ erhielt 4970, die Liste der Freien Gewerkschaft 648 Stimmen. Wenn auch der Terror der Schöber-Seipelblaque mit half, dieses Ergebnis zu zeitigen, so sind das doch hauptsächlich Früchte der Politik der sozialdem. Partei seit der Koalitionsregierung seligen Andenkens. Statt mit Klassenbewussten Arbeitern diese Nachtorgane auszufüllen, wurden Bauernsöhne angestellt.

Parteinachrichten

Alle arbeitslosen Parteigenossen müssen Donnerstag, den 8. März 1928, um 5 Uhr ins Parteitalot kommen. Wichtige Besprechung.

Alle Parteimitglieder der Metallbranche haben Freitag, den 9. März 1:23, um halb 11 Uhr abends ins Parteitalot zu kommen.

Arbeitslose Genossen und Genossinnen Samstag immer ins Parteitalot kommen.

Eingelangt sind wertvolle Dokumente und Zeitschriften der Opposition: „Die Fahne des Kommunismus“. Einzelnummer 30 Groschen. „Brief aus Schanghai“ von Stalin unterschlagen. Preis der Broschüre 40 Groschen. Bestellungen von außerhalb nur gegen Voreinsendung in Marken.

Brechkonbandweis für Februar 1928.

Finanz: Nr. 5 S 5-63, Nr. 6 S 6-48, Nr. 7 S 5-55, Nr. 8 S 6-86, Aloisia Piomer S —-50, Baer Mathias S 1—, R. R. S 1—, Pollat Franz S 1—, Jeschornig Rosa S 1—, Koch Alois S —-60.

Druckfehlerberichtigung.

Die Gemeindepollizei der sozialdem. Partei in Graz. Für die Grazer Oper wurden 400.000 Schilling aus gegeben, nicht wie in letzter Nummer geschrieben 40.000 Schilling.

„Monfieur, erteilen Sie mit der heutigen Post nochmals den Befehl, den Diffsitchkin, sobald er zurückkehrt, ungeschädlich zu machen und fügen Sie hinzu: Haben Sie denn so wenig Vertrauen zu Ihren natürlichen Reizen?“

„Ja-ha-ha! Das wird helfen. Aber sehen Sie hinzu, daß es ohne Risiko geschehen müsse!“

„Ich will den Zeit gleich aufsehen. Gestatten Sie, daß ich ihn vorlese. Vielleicht wünschen Sie einige Änderungen?“

„Diffsitchkin um jeden Preis erledigen, sobald er zurückkommt. Sie aber sehen sich auf keinen Fall irgend einer Gefahr aus. Haben Sie denn so wenig Vertrauen zu Ihren natürlichen Reizen?“

„Hieron von schickte ich zwei Exemplare ab.“

„Es ist gut so. Ich muß jetzt weiterfahren. Erst mit dem Bericht zum Höchstkommmandierenden, dann die ganze Nacht die Papiere des Fürsten Bagration zurechtmachen. Er fliegt morgen in der Frühe los. Alles natürlich streng geheim. Von seiner Abreise wissen nur Sie, ich und er selbst. Nur wir drei. Der Befehl zur Bereitstellung des Flugzeuges ist schon erteilt. Der Fürst Bagration fährt allein im Automobil mit seinen Papieren zum Flugplatz.“

Fortsetzung folgt.